

**Artikel vom 25.08.2020**

FU besichtigt markante Punkte der Ortsumgehung

## Frauen Union steht zur Ortsumgehung Fattigau-Oberkotzau



Das Bild wurde an der geplanten Abfahrt der Autengrüner Straße oberhalb des "Naturheilvereins" aufgenommen. Von hier reicht der Blick bis zu den letzten Häusern der Konradsreuther Straße. Mitglieder der Frauen Union Oberkotzau informierten sich spontan über die Planung und Trassenführung der Ortsumgehung an zwei markante Punkten, um sich vor Ort die Gegebenheiten der geplanten Trassenführung anzuschauen. Nachdem jetzt Baurecht besteht, ist der Baubeginn für 2024 geplant. Die vielen neu erwachenden Diskussionen, vor allem zum Landverbrauch, veranlassen die Frauen Union trotzdem weiterhin zu dieser Umgehung zu stehen, weil es nach wie vor einer Entlastung des Innenorts bedarf. In der Hofer Straße, der Schwarzenbacher Straße und in Fattigau entsteht dadurch eine Entschärfung der Gefahrenlage und deutlich mehr Sicherheit, vor allem für die Kinder und ältere und gehbehinderte Menschen. Familien, Anwohner und Geschäftstreibende können Zukunftsvisionen entwickeln, wenn sie hoffentlich bald von einem Teil des Durchgangsverkehrs und dem damit verbundenen Lärm entlastet werden und man die Fenster wieder öffnen kann. So kann echtes Gemeinschaftsgefühl entstehen. Obwohl sich nach vielen langen Jahren der Planung und der Diskussionen nicht mehr so viele Bürgerinnen und Bürger mit dem Thema beschäftigten, war die Ortsumgehung nicht vom Tisch – man wartete auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichts. Wer wollte, konnte sich dafür Informationen einholen, auch jüngere oder neu hergezogene Einwohner. In vielen Gesprächen erfuhren die FU-Mitglieder, dass die Befürworter der Umgehung sich nicht mehr gehört fühlen und des jahrelangen Kämpfens und Argumentierens müde geworden seien. Die damaligen Umgehungsgegner konnten schon beim Anhörungsverfahren und den Erörterungsterminen in 2011 und 2012 ihre Anliegen vorbringen, mit ihnen wurde verhandelt, manche Vorschläge wurden noch eingebracht und wer nicht einverstanden war, beschritt den Klageweg. Und jetzt hängen sie sich wieder an eine neue Wählergruppierung, welche sich die Verhinderung der Umgehung zum Ziel gesetzt hat.